

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

97 (27.4.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einschl. 80 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 3.60 M.; durch die Post bezogen 3.80 M., ohne Abhol- u. Zustellgebühr, monatlich. Einzelgepl. 20 J. Ausgabe: Werktags mittags; Geschäftszeit: 1/28—1/41 und 2—1/26 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1/2spaltige Kolonizelle 60 J., auswärts 70 J. Die Reklamezeile 2.50 M. — Bei Wiederholungen Rabatt. — Annahmefrist 1/29 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Einladung der deutschen Regierung nach Spanien.

Madrid, 27. April. Nach einer Meldung des „Temps“ wird die deutsche Regierung eingeladen werden, den Reichsminister oder andere Vertreter zu einer Konferenz mit den anderen alliierten Ministerpräsidenten nach Spanien zu senden. Die Zusammenkunft soll am 25. Mai stattfinden.

Die Einladung nach Spanien ist, wie das „Berliner Tageblatt“ sagt, ein deutliches Zeichen einer Wandlung, eine Ablehnung der militärischen Pariser Politik, die bisher vorherrschend war. — Der „Vorwärts“ bezeichnet die Nachricht mit Genugtuung, wenn auch ohne Uebertriebenheit. Zu verfrühten Hoffnungen über das Ergebnis dieser Zusammenkunft liege gewiß noch kein Anlaß vor, aber die Tatsache allein, daß es endlich zu einer persönlichen Aussprache kommen werde, bedeute eine Etappe auf dem Wege zur Wiederherstellung eines wirklichen Friedenszustandes in Europa.

San Remo.

San Remo, 27. April. In der Sitzung von heute vormittag genehmigte die Friedenskonferenz den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung des französischen-britischen Abkommens. Ueber die Annahme entspann sich eine wichtige Diskussion. Mitterand erklärte sich gegen die militärischen Maßnahmen, Millerand und Lloyd George erläuterten ihm aber die Notwendigkeit, diese Maßnahmen ins Auge zu fassen. Der japanische Botschafter und der belgische Delegierte schlossen sich dem französischen Standpunkt an, der schließlich durchdrang. In französischen Kreisen ist man über die Regelung einmütig befriedigt. In einer im Anschluß an die Konferenz in San Remo veröffentlichten Erklärung wird betont, daß die deutsche Forderung nach Unterhaltung eines Heeres von 200 000 Mann nicht berücksichtigt werden könne, so lange Deutschland die wichtigsten Verpflichtungen des Friedensvertrages nicht erfüllt.

Deutschland wird vorgeschrieben, weber Kriegsmaterial gerüstet, noch die Effektivebestände herabgesetzt, noch die Rohstoffe für das Besatzungsheer geliefert zu haben. Deutschland habe auch bisher keinerlei Vorschläge hinsichtlich des Gesamtabtrages seiner Wiedergutmachungen gemacht. Die Alliierten erklärten, die Schwierigkeiten der deutschen Regierung nicht zu beklagen und ihr keine allzu engherzige Interpretation des Friedensvertrages aufzubringen, beböhen aber ihre Einigkeit darin, fortgesetzte Ueberretungen des Verfallers Vertrages, der durchgeföhrt werden müßte und der die Basis der Beziehungen Deutschlands zu den Alliierten bilde, nicht zu dulden. Die Alliierten seien entschlossen, alle Maßnahmen zur Sicherstellung der Ausführung des Friedensvertrages zu ergreifen und wenn notwendig, auch zur Befestigung eines neuen Teiles des deutschen Gebietes zu schreiten, versichern dabei aber ausdrücklich, daß sie nicht die Absicht hätten, irgend einen Teil des deutschen Gebietes zu annektieren. In der Annahme, daß die zur sicheren Ausführung des Friedensvertrages notwendigen Maßnahmen leichter durch mündlichen Meinungsaustausch erledigt werden könnten, hätten die alliierten Regierungen die Teilnahme des deutschen Regierungschefs an einer Konferenz beschlossen, der alle Erklärungen und Vorschläge unterbreitet werden müßten. Nach befriedigender Erledigung dieser Frage würden die alliierten Regierungen bereit sein, mit den deutschen Vertretern alle übrigen Fragen zu diskutieren, die sich auf die innere Ordnung und das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands bezögen.

Paris, 27. April. Nach einer Havas-Meldung aus San Remo einigten sich gestern die Alliierten über eine Erklärung, in der das Verlangen der Deutschen, ein Heer von 200 000 Mann zu unterhalten, abgelehnt wird. Ferner sei es notwendig, den Betrag der Wiedergutmachung festzusetzen, und daß Deutschland gezwungen werde, den Vertrag auszuführen; sonst wären die Alliierten genötigt, Maßnahmen anzuwenden, unter denen sie die Befestigung nicht ausschließen. Auch Mitterand habe nochmals das Wort ergriffen, um nochmals zu betonen, daß Frankreich keine Annexionsabsichten in Deutschland habe.

Lloyd George über Deutschland.

Nach der „Times“ erklärte Lloyd George auf Fragen englischer Journalisten u. a., es sei nicht vorgeschlagen worden, Deutschland die Lebensmittellieferungen abzusperren. Gegenmaßnahmen gegen Verletzung des Friedensvertrages würden sich nach der Art der Verletzung richten. In Deutschland würde schon genug gehungert. In dem besetzten Gebiete erhalte die Bevölkerung lediglich den dritten Teil der normalen Lebensmittelmenge. Hinsichtlich der Entwaffnung, wie gegenüber einer Nichtlieferung von Steinkohle, müßte die Ausführung des Friedensvertrages erwungen werden. Die Zeit könne kommen, wo Deutschland wieder erstarke. Aber der Gedanke, Deutschland sei gefährlich für die Alliierten, sei im Augenblick phantastisch. Auf Grund zahlreicher Berichte britischer Offiziere über die Lage in allen Teilen Deutschlands halte er Deutschland gegenwärtig für gefähmt. Die Bevölkerung sei so erschöpft, daß Deutschland einem Körper gleiche, dessen Glieder nicht mehr gehorchen wollen. Dies sei jetzt die größte Schwierigkeit. Zur Frage des Ruhrgebietes sagte Lloyd George, er erwarte eine befriedigende Lösung. Eine Schwierigkeit sei die Weigerung von Bayern, den Befehlen von Berlin Folge zu leisten. (Gemeint ist die Stellung Bayerns zur Befestigung der Einwohnerwehren. D. Red.) Die Befestigung des Ruhrgebietes und eines Teiles von Preußen würde aber seines Erachtens nicht das geeignete Mittel sein, einen Druck auf Bayern auszuüben.

Lloyd George meinte weiter, die Furcht vor dem Bolschewismus in Deutschland sei nicht übertrieben, obwohl er nicht glaube, daß der deutsche Charakter sich für den Bolschewismus eigne. Auf der anderen Seite habe der Widerstand des Kapu-

linternehmens gezeigt, daß Deutschland nicht geneigt sei, eine militärische Bewegung zu föhren. Lloyd George betritt nachdrücklich, daß er niemals die Revision des Friedensvertrages vorgeschlagen habe. Erst vor einem Monat habe er sie im Unterhause gegenüber Asquith abgelehnt.

Die Verteilung der Türkei.

San Remo, 27. April. Es ist endgültig entschieden, daß England das Mandat über Mesopotamien, Palästina, und Frankreich das Mandat über Syrien erhält. Präsident Wilson ist ersucht worden, als Schiedsrichter für die Festsetzung der armenischen Grenze aufzutreten. Das britische Parlament von Smyrna darf sich nach 5 Jahren Griechenland anschließen, dann würde die türkische Autorität aufhören.

Paris, 27. April. Nach einer Meldung aus San Remo ist das Königreich Hedchas als autonomer Staat anerkannt worden. Frankreich erhält Rechte auf Syrien und werde mit der Verwaltung eines Teils von Cilizien und der indirekten Verwaltung eines weiteren Teiles von Cilizien betraut.

Die Lage in Elsaß-Lothringen.

Frankreich bietet Neger auf zur Niederhaltung des Streiktes. Straßburg i. E., 26. April. Infolge der durch den Streik hervorgerufenen ersten Lage hat sich die französische Regierung genötigt gesehen, große Truppenmassen im Elsaß zusammenzuschieben. In Straßburg stehen an zahlreichen Punkten, an der Hauptpost, am Bahnhof usw. große Abteilungen schwarzer Truppen bereit. Die Zeitungen erscheinen nicht, mit Ausnahme des „Sundblatts“. Nach dieser Zeitung ist die Arbeit in Elsaß-Lothringen allgemein. Das Blatt fordert die französische Regierung schließlich auf, eine andere Behandlungsmethode einzuföhren, wenn nicht das letzte Vertrauen zu Frankreich verschwinden soll.

Abbruch des Generalstreiks.

Paris, 27. April. Agence Havas. Nach Beendigung einer im Arbeitsministerium abgehaltenen Konferenz telegraphierte der Präsident des Vollzugsausschusses der Elsaß-Lothringischen Arbeiterunion nach Straßburg, daß der Befehl zum Abbruch des Generalstreiks zu geben sei.

Straßburg i. E., 26. April. Die Arbeit ist im allgemeinen heute früh noch nicht wieder aufgenommen worden, da die Streikenden die Befestigung des aus Paris gesammelten telegraphischen Reiches zum Streikabbruch abwarten wollen. Die Streikleitung hat die Wiederaufnahme der Arbeit auf heute nachmittag 2 Uhr festgesetzt. Die Zeitungen sind am Abend wieder erschienen.

Einheitsaktion in Oberschlesien.

Sindenburg, 25. April. Ein außerordentlicher Bezirksrat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nahm einstimmig eine Entschöpfung an, die sich für die Schöpfung einer sozialistischen Einheitsfront in Oberschlesien ausdröckt und zu den politischen Grundzögen des Ergrühter Programms bezieht. Jedes taktische Kampfmittel müßte benannt werden, durch das eine Radikalisierung des Proletariats auf dem Wege zur Erreichung des Sozialismus erzielt werde. Einer reaktionären Unberücksichtigung müßte die härteste proletarische Widerwehr entgegengebracht werden. Koalitionen mit bürgerlichen Parteien, die einen Verzicht auf die Vertretung sozialistischer Grundzöge bedeuten, seien zu verwerfen. Der Partei solle protestieren außerdem gegen das Wahlverbot der internationalen Kommission und spricht sich dafür aus, daß die ober-schlesische Sozialdemokratie nach wie vor allen Autonomiebestrebungen abtröhnend gegenübersteht.

Polnische Kriegsabsichten gegen Deutschland?

Breslau, 26. April. Die sozialdemokratische „Schlesische Volkszeitung“ veröffentlicht zwei polnische Geheimbefehle. In dem einen wird die sofortige Mobilisation der gesamten polnischen Militärorganisation befohlen, um gegen die Deutschen zu kämpfen. Die polnischen Arbeiter sind dahin zu beeinflussen, an dem Generalstreik teilzunehmen. In dem anderen Geheimbefehl heißt es: „Die bestigen Oberbefehlshabenden müssen eine Verschwörung schaffen und hierzu die deutschen Anführer in jeder Weise unterstützen, damit in der Defensivität kein Verdacht eines polnischen Aufstandes rege wird. Die Gewerkschaften müssen die Ziele der Deutschen kennen unterstützen und die Oberbefehlshabenden müssen die Organisationskommission von der Existenz geheimer deutscher Organisationskommissionen überzeugen und glauben machen, daß die Polen weder Waffen noch Munition besitzen.“ Es folgen genaue Anweisungen, wie der Putsch zu organisieren ist.

Wien, 27. April. Die Parlamentskorrespondenz bestätigt die mehrfach aufgetauchte Meldung, daß mit englischer Hilfe täglich große Mengen von Munition aus der Waffenfabrik Steiner und der Munitionsfabrik Wöllersdorf nach Ungarn geliefert und von dort durch die Vermittlung des Grobindustriellen Weis nach Polen abgegeben worden seien. Dieser Vorgang soll, wie die Korrespondenz von unrichtiger Seite erföhrt, das Vorbild zu einem Bündnis zwischen Ungarn und Polen bilden zwecks Wiedervereinigung der Slowakei und Deutsch-Wehungarns und Sicherstellung Ostschlesiens für die Polen. Für spätere Zeiten werde in föhrenden ungarischen und polnischen Kreisen eine Personalunion zwischen Ungarn und Polen unter den Gabsburgern ins Leben gerufen werden.

Erhöhung der Invalidentrente.

Berlin, 26. April. Sämtliche Fraktionen der Nationalversammlung haben einen Antrag eingebracht zur Erhöhung der Invalidentrente. Danach soll für Empfänger von Invalident- oder Altersrente die monatliche Zulage 30 Mt. für Empfänger der Witwenrente 15 Mt. und der Waisenrente monatlich 10 Mt. betragen.

Ein Ultimatum der badischen Bauernvereine an die Parteien.

Den Vorständen der politischen Parteien in Baden ist gestern nachmittag ein Ultimatum des Badischen Bauernverbandes zugegangen, das folgenden Wortlaut hat:

Forderungen des Badischen Bauernverbandes.

1. Abschaffung der Zwangswirtschaft anfangs Ernte 1920. Aufhebung der Kriegsgesellschaften und Kriegsverordnungen. Sofortige Freigabe von Schlacht- und Rindvieh, Tabak, Getreide, Grünern, Gehirnpflanzen und Wolle. Straferlaß für sämtliche Verhöfe, die von Bauern gegen die Zwangswirtschaft begangen wurden. Sofortige Anerkennung des Streikrechtes der Bauern.
2. Bekämpfung aller auf Sozialisierung von Grund und Boden gerichteten Bestrebungen; dagegen Schöpfung von Bauernland durch Heranziehung des Großgrundbesitzes aus Staatsbesitz und Besitz der toten Hand.
3. Befestigung der Reichsabgabe auf Runtfänger. Frachtermäßigung für sämtliche landwirtschaftliche Bedarfsstoffe.
4. Öffentliche Körperschaften und parlamentarische Ausschüsse oder Beiräte, die sich mit der Regelung landwirtschaftlicher Angelegenheiten befassen, sind mindestens hälftig aus Vertretern der Landwirtschaft zusammenzusetzen.
5. Die vom Bauernverband vorgeschlagenen Kandidaten sind an 1., 3., 5., 7. usw. Stelle zu setzen.
6. Die vom Bauernverband vorgeschlagenen Wahlwerber müssen sich unter schriftlich verpflichten, für den Fall ihrer Wahl:

1. Im Reichstag mit dem vom Bauernverband vorgeschlagenen Abgeordneten aller Parteien eine landwirtschaftliche Vereinigung zu bilden, in welcher die jeweils zur Beratung stehenden landwirtschaftlichen Angelegenheiten beraten werden. Die Mitglieder dieser landwirtschaftlichen Vereinigung haben sich diesen Beschlüssen entsprechend zu verhalten. Der Minderheit steht es jedoch frei, die Entscheidung des engeren Vorstandes des Badischen Bauernverbandes einzupfehlen, daß die Entscheidung bindend ist.
2. Aus ihrer Partei auszutreten, sobald diese in landwirtschaftlichen Fragen verstimmt. Ob ein solches Vergehen vorliegt, entscheidet der Landesausschuß des Badischen Bauernverbandes.
7. Erfolgt die Antwort nicht längstens bis 2. Mai ein schließlich, gelten die Forderungen als abgelehnt. Die politischen Parteien verpflichten sich, ihre Stellungnahme in der Tagespresse bekannt zu geben. Lehnen zwei von den in Baden bestehenden Parteien ab, geht der Bauernverband selbständig vor.

Das Ultimatum ist von Herrn Gebhard in Eppingen unterzeichnet, als dem Vorsitzenden des Badischen Bauernverbandes. Das muß man dem Herren lassen: schlichtern und bescheiden sind sie nicht. Sie gehen gleich aufs Ganze und versuchen, die politischen Parteien wie Knechte und Mägde zu behandeln, denen der gestrenge Herr Bauer kurz und bündig vorschreibt, was sie zu tun und was sie zu lassen haben.

Ueber den wirtschaftlichen Teil ihrer Forderungen wird noch zu reden sein; halbwegs Verständliches und Akzeptables ist mit Sinnlosigkeit wie Häckel durcheinander gemengt. Daß kein Mensch an der Zwangswirtschaft Freude erlebt hat, außer den beamteten und — ach! — so teuren Herrschaften in den hierzu bestimmten Kestern und Gesellschaften, ist bekannt. Aber die Voraussetzung für die Aufhebung scheint uns doch eine sehr reich Ernte zu sein und die sichere Möglichkeit, genügend Nahrungsmittel aus dem Auslande einföhren zu können. Völlig freie Wirtschaft bei schwerem Mangel heißt entweder, daß die Massen noch mehr hungern müssen oder das Chaos kommt.

Die Herren fordern weiter, daß die politischen Parteien die vom Bauernverband vorgeschlagenen Kandidaten stets an die 1., 3., 5., 7. usw. Stelle setzen. Also stets neben einem Kandidaten der Parteien einen Bauernkandidaten, also mindestens die Hälfte aller Kandidaten, obgleich die Herren Bauern keineswegs die Hälfte der Bevölkerung oder die Mitglieder und Wähler der Parteien stellen. Die braven badischen Bauernverbändler sind somit in ihrer Art unter die Volksherrn gegangen, sie vertreten die Diktatur einer Minderheit.

Die Herren Bauernverbändler wachen auf den Getreide- und Kartoffelsack, also auf ihre Macht und drohen mit dem Streik, wenn ihren diktatorischen Forderungen nicht sofort nachgegeben wird. Der Bauernverband macht sich — wir bitten um Verzeihung — dumm und frech an, für alle Parteien die Hälfte der Kandidaten stellen zu wollen. Und noch mehr: würden die Parteien, oder eine unter ihnen so charakterlos und jämmerlich feige sein, der Forderung Folge zu leisten, so müßten die gewählten Bauernkandidaten sich auch noch verpflichten, sofort aus der Partei auszutreten, wenn die Befehle des Bauernverbandes nicht befolgt werden. Wann solch ein parlamentarischer Bauernfuhli aus der Partei auszutreten hat, das entscheidet Herr Gebhard in Eppingen und keine ihm gleichgesinnten Mitverhörer gegen jegliches Gemeininteresse. Die Herren Bauernverbändler sind stets gute bürgerliche Wähler und Parteigänger gewesen. Welch eine Summe von Berechnung muß bei ihnen das bürgerliche Parteigetriebe aneuhäuft haben, wenn die Herrschaften sich herausnehmen erlauben, derartige Forderungen an die Parteien

4. das Recht auf die Prädikate Königl. Hoheit, Durchsicht und dergl. und auf besondere Ehrungen (Landesträger, Ehrenwache, Sanitätszeremonie und dergl.).

Der springende Punkt.

In dem einzigen Leitartikel der „Freiheit“, des unabhängigen Zentralorgans, der sich bisher mit dem Wahlkampf und der Wahlkampf beschäftigt hat, schrieb Rudolf Breitscheid die folgenden Sätze:

Wir streben die sozialistische Regierung als das nächste Ziel an. — In diesem Sinne werden wir auch den Wahlkampf führen. ... Wir beginnen die Wahlkampf in der Hoffnung, für das in dem Aufruf aufgestellte Programm eine Mehrheit zu erhalten. Aber selbst wenn das nicht der Fall sein sollte, werden wir an dem Gedanken der sozialistischen Regierung festhalten.

Damgegenüber erklärt das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratie, daß diese Sätze im schroffen Widerspruch zu dem amtlichen Wahlaufsatz der U.S.P. stehen, der es gerade abgelehnt habe, den Wahlkampf unter der Parole der sozialistischen Regierung zu führen.

Der Kampf soll nach den klaren Grundfäden des Leibes-Aktionsprogramms selbständig durchgeführt werden unter Ablehnung aller organisatorischen Einigungsbestrebungen.

Die „Freiheit“ sucht Dr. Breitscheid zu verteidigen, indem sie hervorhebt, daß ihm die Absicht der Förderung eines organisatorischen Zusammenflusses gänzlich ferngelegen habe. Das ist der springende Punkt für den beginnenden Wahlkampf.

Nach dem stapp-Buchsch war die ganze Sozialdemokratie eine jede Ausnahme erfüllt von dem brennenden Wunsche, eine Einheitsfront des Proletariats gegen die Reaktion zu bilden und durch festen Zusammenschluß der Arbeiter auch herauszulassen aus der Halbheit der Koalition. Ein grundlegender Fortschritt wäre nur durch eine sozialistische Mehrheit möglich, welche uns von dem Zwange zur Koalition befreie. Durch diese Möglichkeit machen das Zentralkomitee der U.S.P. und die „Freiheit“ einen dicken Strich.

Nach unserer festen Überzeugung hat im Jahre 1918 nur der Januar-Buchsch verhindert, daß die sozialdemokratischen Parteien die Mehrheit in der Nationalversammlung erlangten. Wie damals durch den Versuch, die Regierung Ebert-Scheidemann mit Waffengewalt zu stürzen, so sabotiert jetzt die U.S.P. die sozialdemokratische Mehrheit durch schroffe und unbedingte Ablehnung jeder Einigung. Sie hat damit das Recht verwirkt, auch nur ein Wort der Kritik an der Koalition zu sagen, die zu schließen wir gerade durch die Haltung der U.S.P. gezwungen worden waren.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 26. April.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr. Der Gesandtschaftsbericht.

Bewilligung einer Entschädigung an verfehrte Beamte für Umzugskosten wird in dritter Lesung angenommen. Es folgt die zweite Lesung des Reichstags.

In Verbindung mit dem Bericht des Ausschusses für den Reichs-Kaufkraft betr. die Sparprämienanleihe, Antrag Gen. betr. Zahlung von Lohn für die Tage des Generalschreibers, Antrag Agnes wegen Arbeitsruhe am 1. Mai, Antrag Bauer wegen Einziehung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag und Antrag Agnes wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes und eines allgemeinen Amnestiegesetzes.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Daß gebührt meinem Vorgänger für die Aufrichtung eines geschlossenen, festen Steuersystems und eines Steuerrechts. Nur die Besteuerer mußte noch zurückgestellt werden. Der Besitz ist freilich schwer belastet, aber angesichts der Verminderung der Hälfte des Vermögens durch den Krieg und angesichts des Umstandes, daß der Besondere sein erworbenes Vermögen zum größten Teil noch der Allgemeinheit verdankt, muß die Opferpflicht der Besonderen ausgesprochen werden. Der kleine Mittelstand wird nach Möglichkeit geschont werden. Die Steuerreform ist weder mittelstandsfeindlich, noch bauernfeindlich. Leider kann der Etat nur mit in Aussicht vorgelegten, eine Folge der Kriegswirtschaft. Wir müssen so viel produzieren als wir brauchen und müssen den Luxus einschränken, damit wir Lebensmittel und Rohstoffe hereinbekommen. Wir können jetzt 20 Milliarden Einnahmen in den nächsten Etat mehr einstellen als voriges Jahr. Trotzdem müssen wir die Schuldenlast noch vermehren. Eine bedeutende Summe beansprucht die Abwicklung des alten Reiches, die aber zu Ende geführt werden muß.

Zu begrüßen ist es, daß die leitenden Staatsmänner der Fronte die uns aufzuerlegenden Lasten endlich näher festlegen wollen. Post und Eisenbahn drohen mit weiteren Fehlbeträgen. Wenn wir nicht mit diesen Fehlbeträgen bald aufräumen, so wird der Gedanke der Sozialisierung gefährdet werden. Die Finanzreform erstreckt die Rückzahlung des Kapitals auf ein gesundes Maß. Die Steuererträge müssen und werden mit aller Energie durchgeführt werden. Eine große Anleihe im Ausland muß baldmöglichst aufgenommen werden. Der Markkurs muß weiter gehoben werden. Wir müssen die Inlandsproduktion, besonders die der Lebensmittel, heben und die Rationierung bald abschaffen. Wirtschaftsministerium und Finanzministerium müssen eng zusammenarbeiten.

Reichsminister für Ernährung Hermes: Das neue Ministerium hat die Aufgabe, neben der Bewirtschaftung der vorhandenen Lebensmittel auf die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion im Lande hinzuwirken. Die Beschaffung der Lebensmittel aus dem Ausland bleibt ein Nothbehelf, worauf wir leider noch angewiesen sind. Wir werden über die nächsten schweren Monate hinwegkommen, nur muß Getreide eingeführt werden, zumal im Juni die Kartoffelverfälschung ganz schwieriger sein wird. Ebenso wird Fleisch eingeführt werden müssen. Die Zuckererzeugung ist auf einen erschreckenden Tiefstand gekommen. Die Aussichten für die neue Ernte sind günstig. Die Zwangswirtschaft wird für die wichtigsten Lebensmittelbedürfnisse noch unentbehrlich sein, aber wir wollen darum die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft nicht übersehen. Die angemessenen Preise müssen ihr gewährleistet werden. Eine Kommission aus landwirtschaftlichen Erzeugern und Verbrauchern soll von Zeit zu Zeit die Preise kontrollieren. Die Kriegsgesellschaften im meinem Ressort sollen schleunigst abgebaut werden. Besonders lege ich Gewicht auf das Zusammenarbeiten mit den landwirtschaftlichen Zentralstellen der Länder. Meine Aufgabe ist, die genügende Ernährung unseres Volkes auf breiter Basis als bisher festzusetzen. Eine vernünftige Produktionspolitik ist auf eine vernünftige Konsumtionspolitik.

Hg. Reil (Soz.): Die Rede des Ernährungsministers zeigt Mithridat und harte Entschlossenheit. Die Rede des Finanzministers hat den Beifall meiner Freunde. Seine Darstellung unserer finanziellen Lage ist nicht rosig, aber wahrhaftig. Die Finanzreform ist kein Meisterwerk, aber ihre Mängel beruhen in unzureichenden wirtschaftlichen Verhältnissen.

Internationaler Sozialisten-Kongress in Genf.

Einladung des Internationalen Bureaus.

Der 10. Internationale Sozialisten- und Arbeiterkongress wird am 31. Juli 1920 und den darauffolgenden Tagen stattfinden zu Genf, im Gemeindehaus von Rainpalaiz, Rue de Carouge 50.

Wir laden dazu alle sozialistischen und Arbeiterparteien oder Organisationen ein, die den folgenden wesentlichen Grundfäden zustimmen:

1. Die politische und wirtschaftliche Organisation der Arbeiterklasse zwecks Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaftsform und Sicherung der völligen Befreiung der Menschheit durch die Revolution der Arbeiter, die die Produktion der Internationalen Produktions- und Austauschmittel. Dies bedeutet die Umwandlung des kapitalistischen Systems in ein sozialistisches oder kommunistisches.

2. Die internationale Einheit und Aktion für die Organisation des wahren Völkerverbundes, der der Bund der Völker sein wird, die ihrer Geschicke Herr sein werden, durch den Kampf gegen Chauvinismus und Imperialismus, und für die allgemeine und gleichzeitige Abschaffung des Militarismus und des Regimes der Kämpfungen, um den Weltfrieden zu sichern.

3. Die Internationale vertritt und verteidigt die Interessen der unterdrückten Völker und Nationen.

Die Tagesordnung wird die folgenden Punkte enthalten: A) Die Annahme der Statuten der Internationale. B) Die Frage der internationalen Einheit. C) Die Frage der Verantwortlichkeit. D) Die allgemeine internationale Politik.

a) Der Friede und der Völkerverbund. b) Demokratie und Diktatur. c) Sozialisierung. d) Das politische System des Sozialismus. e) Arbeitergesetzgebung. f) Kolonialpolitik. g) Einwanderung und Auswanderung. h) Die Leuerung.

E) Die Organisation der Arbeiterpresse.

Wir haben es für richtig gehalten, die Frage der Einheit der Internationale an die Spitze der Tagesordnung zu setzen. Unserer Ansicht nach gibt es im gegenwärtigen Augenblick kein wichtigeres Problem vom Gesichtspunkt der Entwicklung und des Erfolges der Arbeiterbewegung.

Es war der große Gedanke der Einheit, der die Männer der Internationale von Marx bis zu Jaures und Rebel befeuerte, als sie den Arbeitern aller Länder zuriefen: vereint euch! Er bildete eine der ersten Sorgen der internationalen Kongresse vor dem Kriege.

Der Krieg hat den Sozialismus in seiner Organisationsarbeit übertrübt und unterbrochen. Er hat die Differenzen aufrechterhalten und sogar vermehrt, und am Tage der Revolution haben wir Parteien, die die Forderungen der Internationale bilden, sich zerstreuen sehen, um die Macht zu ergreifen oder zu behaupten.

Nach dem Waffenstillstand und sobald die materiellen Möglichkeiten der Vereinigung wieder vorhanden waren, versammelten sich die Parteien der Internationale, die schon während des Krieges von der Notwendigkeit der Wiedervereinigung durchdrungen waren, in Bern (vom 2. bis 10. Februar 1919). Die Aufgabe der Vorbereitung der Wiedervereinigung wurde einer „Permanente Kommission“ anvertraut, die mit Zustimmung aller an jener Konferenz beteiligten Parteien eingesetzt wurde.

Die Kommission begann ihre Arbeiten, befeuert einzig von dem Wunsche, den Interessen der internationalen Arbeiterbewegung zu dienen. Sie war beauftragt, der von ihr übernommenen Verpflichtung nachzukommen, indem sie die Sektionen in zwei Konferenzen versammelte, die in Amsterdam (20. bis 29. April) und in Luzern (1. bis 10. August 1919) stattfanden.

In Luzern wurde die Einberufung eines allgemeinen Kongresses nach Genf beschlossen, und zwar mit Zustimmung aller Sektionen, einschließlich jener, die sich selber von unserer Organisation abgetrennt haben. Der Kongress war ursprünglich für Februar 1920 geplant. Auf den Antrag der österreichischen sozialdemokratischen Partei und im Interesse des verfolgten Zieles selbst wurde der Zeitpunkt des Kongresses für den 31. Juli und die folgenden Tage verschoben. An diesem Zeitpunkt hielt die Rotterdamer Konferenz (23. März 1920) endgültig fest.

Der Krieg, der die Menschen, Parteien und Dinge in Verwirrung brachte, hat zugleich auch allen Arbeiterbewegungen die Notwendigkeit eines besser organisierten gemeinschaftlichen Vorgehens drähtlich nahegelegt. Er hat ihnen die Gefahren unciniger und zerstückelter Aktionen vor Augen geführt. Die

Lage nach dem Kriege erfordert gemeinsame Tätigkeit, und jede Abweichung davon bringt mit sich die Gefahr, daß Grundfäden und Verbindlichkeiten, die auf den großen Tagungen der internationalen Bewegung festgelegt wurden, beiseite geschoben werden. Und doch muß es eine der wesentlichen Aufgaben der Internationale sein, ihre Aktion zu disziplinieren.

Auf welchem Wege soll der Sozialismus die Eroberungen der Revolution und die gesellschaftliche Umwälzung selber sichern und festigen? Soll es durch die Methode der Mehrheitsparteien geschehen, durch die Umwandlung der evolutionären politischen Demokratie in die soziale Demokratie, worin die Hegemonie des Proletariats zum Siege gelangt? Oder soll es durch die Methode der Diktatur einer Minorität erreicht werden? Wie ist die Sozialisierung, die den kapitalistischen Gewinn ausschalten muß, durchzuführen unter der demokratischen Kontrolle und Leitung der Gewerkschaften, Genossenschaften, Arbeiterräte, Betriebsräte? Dies sind einige der Fragen, deren Diskussion auf einem allgemeinen Kongress wie unternommen haben, auf dem unser Standpunkt zur Frage des politischen Systems des Sozialismus festgelegt werden soll.

Zudem die Internationale diese großen Probleme untersucht, will sie zugleich auch das Problem der Einheit der Arbeiterbewegung in Genf der Lösung entgegenführen.

Überzeugt von der Notwendigkeit einer großen Anstrengung, und auf der Basis der traditionellen Grundfäden des proletarischen Klassenkampfes und im Hinblick auf die internationale Aktion, die Einheit zu sichern, entschlossen, jeden Ausschluß, jede Spaltung oder Zerstückelung zu vermeiden, wodurch mehrere Internationale, und somit in Wirklichkeit keine Internationale aufgerichtet würde, und so eine Quelle der Kraft in eine Quelle der Schwäche verwandelt. laden wir Sie ein, dem Genf Kongress beizuwohnen. Wir laden zu diesem Kongress nicht nur die angeschlossenen Sektionen ein, sondern auch alle anderen Organisationen, die von diesem Willen des Einigkeits befeuert sind.

Wir lenken Ihre Aufmerksamkeit auf die folgenden Bestimmungen des Kongress-Reglements:

a) Jeder nationalen Sektion steht das Recht zu, den Kongress mit mindestens 6 Delegierten zu bezeichnen, aber mit höchstens 10, als der doppelten Zahl der ihr vom Internationalen Rat für das laufende Jahr zugesprochenen Stimmen entspricht.

Wir erinnern daran, daß die Stimmen der Sektionen nach der folgenden Scala, die von der Berner Konferenz provisorisch festgelegt worden ist, verteilt werden:

- 30 Stimmen: Deutschland, Vereinigte Staaten, Frankreich, Großbritannien, Rußland;
24 Stimmen: Italien;
15 Stimmen: Australien, Oesterreich, Belgien, Schweden, Tschechoslowakei, Ukraine;
12 Stimmen: Argentinien;
10 Stimmen: Dänemark, Holland, Ungarn, Polen, Schweiz;
8 Stimmen: Finnland, Norwegen, Südslawien;
6 Stimmen: Südafrika, Bulgarien, Spanien;
4 Stimmen: Armenien, Kanada, Georgien, Litauen, Ostasien;
3 Stimmen: Griechenland;
2 Stimmen: Bolivien, Chile, Estland, Island, Letland, Peru, Portugal, Rumänien;
1 Stimme: Luxemburg.

Die nationalen Sektionen können sich auf dem Kongress nicht durch Mitglieder anderer Sektionen vertreten lassen. Eine angeschlossene nationale Sektion, die mit ihren Vertretern für die dem Kongress vorangehenden Jahre im Rückstand ist, wird nicht zum Kongress zugelassen.

Gleichzeitig mit dem allgemeinen Kongress wird organisiert:

- a) eine Konferenz von parlamentarischen Sozialistenvertreterungen und parlamentarischen Arbeitergruppen zu dem Zweck, eine permanente Kommission von parlamentarischen Sozialisten- und Arbeitergruppen zu bilden;
b) eine Freie-Konferenz, deren Aufgabe es namentlich sein wird, die Frage der Schaffung einer internationalen Telegraphenagentur zu untersuchen.

Wir bitten die sozialistische und Arbeiterpresse, dem vorliegenden Rundschreiben die größtmögliche Verbreitung zu sichern.

Brüssel, Volkshaus, 10. April 1920. Mit brüderlichen Grüßen Camille Huysmans, Sekretär der Arbeiter- und Sozialisten-Internationale.

Gewerkschaftliches.

400 000 Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Der Deutsche Holzarbeiterverband hat, wie die „Holzarbeiterzeitung“ in ihrer Nummer 17 vom 24. April mitteilt, seine Mitgliederzahl auf 400 000 gesteigert. Das dritte Hunderttausend war im Juni 1919 erreicht; binnen zehn Monaten hat also der Verband seine Mitgliederzahl um 100 000 gesteigert.

Konstanz, 25. April. Außer den Blechern- und Installationsgehilfen, sind auch die Schlossergehilfen in den Streit getreten. Auch sie fordern eine 20prozentige Lohnerhöhung, während die Meister nur eine 20prozentige bewilligen wollen.

Aus der Partei.

1. Grünwettersbad, 26. April. Heute starb nach langem schwerem Leiden unser Parteigenosse Wilhelm Fröhlich, Ortsdiener, im Alter von 52 Jahren. Der Verstorbene war unser Kandidat bei der letzten Bürgermeistereiwahl und erhielt jeweils die höchste Stimmengahl. Wir werden ihm allzeit ein treues Andenken bewahren.

Mue bei Durlach, 25. April. Die Maifeier wird sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung der Arbeiterschaft gestalten. Das Programm ist fertiggestellt. Sämtliche an der Feier teilnehmenden Vereine versammeln sich in ihren Lokalen und werden dortselbst mit Musik abgeholt, alsdann Umzug durch verschiedene Ortsteile. Der Sportplatz der Freien Turnerschaft, woselbst von Gen. Stöhrer-Eitlingen die Festrede gehalten werden wird. Die Gesangsvereine tragen einige Chöre vor. Daran anschließend findet dann von 5 Uhr an in den Lokalen zum „Sternen“ und „Baldhorn“ Festball statt. Die gesamte Arbeiterschaft wird aufgefordert, an der Veranstaltung teilzunehmen, es gilt, zu zeigen, daß das Proletariat entschlossen ist, seine Rechte zu erkämpfen und an dem Ertrungenen nichts mehr sich rauben zu lassen.

Hg. Dr. Derenburg (Dem.): Die beiden Ministerreden können erst von dem neuen Reichstag in ihrer Tragweite bewertet werden. Den Geist der Rede des Finanzministers billigen wir. Wir hoffen, daß unserem Volke bei jener Organisation ein neuer Auftrieb möglich sein wird. Im Kampfe gegen alle Ausbeutung gehen wir mit der Regierung. Vor der angekündigten großen Anleihe warne ich. Die vielen Tausende überflüssiger Leute bei der Post und bei der Eisenbahn müssen anderweitig untergebracht werden.

Hg. Naden (Ztr.): Was die Lage der Gegenwart erfordert, müssen wir bewilligen. Wir bedürfen einer politischen Auslands-politik. Der Abbau des alten Heeres muß schnell betrieben werden.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Wir wollen betonen, das alte Heer bis zum 1. Oktober abzubauen. Was möglich ist, soll geschehen. Dem neuen Reichstag wird Rechenschaft darüber abgelegt werden.

Graf von Posadowski (D.R.): Unser Defizit wird noch steigen, wenn sich unsere Finanzverwaltung nicht auf einen ganz anderen Standpunkt stellt. Es kann an sich im Etat noch sehr viel gespart werden.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Gerade von Seiten der Nationalen ist uns ein Antrag eingebracht worden, der uns springen würde, 70 000 neue Beamte, die bisher Diktatoren sind, anzustellen. Im Ausschusse haben wir die Frage erörtert. Bei den Kosten für das Amtswürdige Amt sprechen die Kosten für unsere Beamten im Ausland mit, die durch die Rukula fühlbar werden.

Reichsminister Koch bemerkt auf eine Anregung des Grafen Posadowski, daß die in der „Deutschen Zeitung“ veröffentlichte Nachricht über einen neuen kommunistischen Parteitag der Regierung bekannt ist, sie scheint aber übertrieben zu sein.

Reichsverkehrsminister Sell: Wir werden nur das notwendige Personal einstellen. Der von allen Parteien eingebrachte Gesandtschaftsbericht auf Abänderung der Zwangsversicherung wird dem Eberner-Ausschusse übergeben. Schluß 7 1/2 Uhr. Fortsetzung morgen 11 Uhr.

Forchheim, 27. April. Am Donnerstag, 29. April, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zur „Kofalbahn“ eine Mitgliederversammlung statt. Genosse Schöpflin, M. d. N., wird einen Vortrag halten über die bevorstehende Reichstagswahl und die politische Lage. Die Parteigenossen sowie Volksfreunde, Freunde und Gönner unserer Sache sind zu der Versammlung freundlichst eingeladen. Parteigenossen! Erscheint vollständig und sorgt für einen guten Besuch! Da Genosse Schöpflin um 10 Uhr wieder wegfahren muß, ist pünktliches Erscheinen notwendig.

Schippel kandidiert wieder. Eine Funktionärskonferenz des 16. sächsischen Wahlkreises (Chemnitz) hat nach einem Referat des Genossen Schippel einstimmig beschlossen, diesen als Kandidaten für die Reichstagswahl aufzustellen.

Genosse Schippel legte im Jahre 1906 sein Mandat zum Reichstag für Chemnitz nieder. An seiner Stelle wurde dann Genosse Nosske gewählt. Nun wird Schippel wieder den Gen. Nosske als parlamentarischer Vertreter für Chemnitz ablösen.

Badische Politik.

Die Brot- und Bierpreiserhöhung im parlamentarischen Ernährungsbeirat.

Ende letzter Woche fand im Ministerium des Innern unter dem Vorsitz des Ministerialrats Föhrenbach eine Sitzung des parlamentarischen Ernährungsbeirates statt. Nach einer Aussprache über die Ernährungslage im allgemeinen wurde die Brotpreiserhöhung erörtert. Vom 31. Mai an ist mit einer wesentlichen Erhöhung des Mehlpreises zu rechnen, der von 102 M. auf 204 M. für den Doppelzentner steigen wird. Die Gründe liegen in den durch die Kaluta bedingten hohen Anschaffungskosten für das Auslandsgeld, ferner in den höheren Preisen, die den Landwirten in der weitgehenden Bewilligung von Prämien bezahlt werden müssen. Des weiteren haben die Mäcker eine Erhöhung des Bruttoverdienstes von 45 auf 68 M. für die Bearbeitung von 100 Kilo Mehl beantragt. Der Ernährungsbeirat hielt diese Erhöhung für angemessen. In der Frage der Bierpreiserhöhung wurden Entschlüsse noch nicht gefaßt. Zunächst sollen sich in einer auf Dienstag anberaumten Sitzung die Wirte, Brauereibesitzer usw. dazu äußern. Bekanntlich wurden durch Reichsverordnung die Preise für Einfaßbier von 61 M. auf 130 M. für den Hektoliter und für stärkstes Bier auf 180 M. festgesetzt. Schließlich wurde noch die Milchpreiserhöhung erörtert, aber auch hier wurden bestimmte Entschlüsse noch nicht gefaßt.

Aus dem Lande.

Willingen, 25. April. Der seit einiger Zeit bei der Eisenbahn beschäftigte Wingerz Mäcker wurde beim Transport einer Maschine auf dem hiesigen Bahnhof von einem zurückgebliebenen Hebel so an den Kopf getroffen, daß eine schwere Verletzung eintrat, an der Mäcker starb.

Mannheim, 26. April. Der Gasabrenntrollenieur Karl Seewald hatte im Kriege seine Sprache verloren. Durch einen Sturz in den Keller schied er wieder davon.

Mannheim, 27. April. Die hiesigen Gastwirtschaften haben im Interesse der Allgemeinheit beschlossen, am 1. Mai zu arbeiten.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 27. April.

Erhaltet das höchste Gut!

„Die Neclan-Nummer kostet jetzt, so schreibt der „Kunstwart“, statt 20 S. im Laden 1 M. und 20 S.“ Ein neues Kunstblatt kündigt sich an, Bestellpreis jährlich 216 M. Ein Teil der Zeitschriftenverleger hat in Erwägung gezogen, bei weiterer Erhöhung der Herstellungskosten das Erscheinen ihrer Zeitschriften vorläufig einzustellen. Die Herstellungskosten steigern sich aber immer noch und von Monat zu Monat.

Es ist unmöglich, die Frage zu beantworten, „was wird aus unseren Büchern- und Zeitungsverhältnissen werden?“ Es hat den Anschein, als ob alles ernst Gewollte und mühsam Geschaffene an Kulturarbeit ertrinkt in der kapitalistischen Jubilationslaune, auf der Kinokas, Tanz- und Glücksspiel-Lokale noch eine Weile herumschwimmen, bis schließlich alles hineinsinkt. Diese Gefahr besteht und es ist deshalb die Pflicht aller, sich zusammenzuraffen, ohne Hintergedanken zu verbünden.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Badisches Landestheater.

Neu einstudiert: „Das Wintermärchen“, Schauspiel in 5 Akten von Shakespeare.

Das „Wintermärchen“ gehört zu den letzten Werken des unsterblichen Briten; es behandelt nach einer englischen Quelle die padende Geschichte eines in die Ferne geblindmüthiger Eifersucht verirrten Königs, der seine falsch verdächtige Gemahlin in vermeintlichen Tod stößt und sein neugeborenes Töchterchen aussetzt, bis ihn die Strafe der Götter von seinem Bahn heilt, und nach 16 Jahren schmerzlicher Reue Tochter und Gattin in sein verwahrlohtes Heim zurückzuführen. Ein gewaltiges Gemälde menschlicher Leidenschaft entrollt sich vor uns, das man getrost neben die grandiossten Schöpfungen Shakespeares stellen darf. Von genialem Witz ist die Schilderung der trankhaften Eifersucht, die den König durch drei Akte in immer tieferer Schuld verstrickt, bis die Umkehr erfolgt. Neben ihm stehen eine Anzahl prächtiger Menschen der neueren Dramatik, dem vielen Verirrten, bezogenen, einseitig Operntypen, empfunden man die Harmonie Shakespeare'scher Charaktere wahrhaft wohlthuend. Herr Baumhach, der die Neueinstudierung leitete, hat es aber auch verstanden, in einer musterhaften Aufführung den ganzen Reiz der Poesie über das Werk auszugießen. Geschammdvolle, großzügig gezeichnete Bühnenbilder lieferten die passende Folie für die wichtige und ergreifende Handlung. Erster Platz wurde auf den Text gewendet, und man darf sagen, daß noch selten eine so einheitliche Zusammenfassung aller Handlungen festzustellen war. Eine kultivierte Sprechweise, die durchging vom König des Herrn Schönfeld bis zum Diener des verdächtigenden Gevater Georg Litsch, brachte den edlen Vers Shakespeares zu farbigem Erblühen. Man hat den Eindruck, daß die Kollegen sich Baumhachs Künstlerhand willig anvertrauen, deren Leitung sie immer zu so schönen Erfolgen führt und man knüpft daran Hoffnungen auf eine neue Blüte des Karlsruher Schauspiels, wenn ihre Vertreter es verstehen, ihre mindestens gleichwertige Stellung neben dem Opernbetrieb zu behaupten. Neben dem musterhaften Reonies des Herrn Schönfeld, der tief in die Abgründe seiner schwarzen Leidenschaft hinabsehen ließ, und bei aller Raserei immer König blieb, stand als Frau und stille Duldlerin Frau Gertrud's Harmonie, eine liebreizende, hoheitsvolle Gestalt von klassischer Plastik. Dem Polygenes sich Bärner freundliche Würde und königliche Haltung; Paschen verkörperte den waderen Camillo mit Augen Bedacht. Als vollendet in ihrer Art darf die bei aller weiblichen Scharfzüngigkeit herzliche und gewinnende Paulina der Frau Frauenböcker genannt werden. Herr Gast (Horst) und Fräulein (Bertha) fügten sich als

den und den oben erwähnten Schlämm höchstens, wo es angeht, als Duz zu benutzen.

Klar geboten ist aber ein Letztgefühl für unsereinen, und das verlangt, entgegen dem „Böbel aller Sorten“ jede Marx jeden Pfennig, den wir von des Tages Notdurft erübrigen können, nicht den „Bergungungen“, nicht der „Gegang“, nicht dem „Luxus“, nicht dem „Veräuben“, sondern dem Kulturleben zu erhalten. Es ist unser letztes Gut, aus ihm allein kann das Deutschtum aufwärts.

Ein Kulturleben ohne Buch und Zeitung ist nicht denkbar. Besonders die Zeitung ist die Leuchte des einfachen Mannes. Die Arbeiterpresse erhalten, heißt der Arbeiterschaft eine beschreibende Lebenskultur schützen. Der Untergang einer Arbeiter-Zeitung, die wirklich verantwortungsvolle Politik treibt und Kulturfragen fördert, bedeutet geistige Verarmung für Tausende von Arbeiterfamilien.

Frauen-Versammlung!

Am Donnerst. 19. abends 1/8 Uhr, findet im „Auegahn“ eine Frauen-Versammlung statt. Es werden sprechen die Genossinnen Frau Böhl, M. d. N., aus Köln, sowie Frau Landtagsabg. A. Fischer.

Genossinnen und Genossen, sorg schon heute für einen guten Besuch der Versammlung. Politische Aufklärung für die Frauen ist höchst notwendig und die Versammlung mit diesen beiden besonnenen Rednerinnen bietet die beste Gelegenheit dazu. Also, agitiert, sagt es von Mund zu Mund, dann wird der zahlreichste Besuch nicht ausbleiben.

Zur Lehrlingshaltung im Bädergewerbe.

Vom Verband der Bäder wird uns geschrieben: Das „Karlsruher Tagblatt“ brachte in seiner Nummer 97 vom 11. d. Mts. einen Artikel über die Lehrlingshaltung im Bädergewerbe. Dieser Artikel stellt die bestehenden Zustände vollständig auf den Kopf und darf deshalb nicht unbedacht gelassen werden.

Wenn behauptet wird, daß im Bädergewerbe keine Lehrlingshaltung betrieben wird, so ist dies eine glatte Unwahrheit. Hier in Karlsruhe sind 131 Lehrlinge und 110 Gehilfen beschäftigt; davon entfallen auf den Lebensbedürfnisverein allem 80 Gehilfen, jedoch für alle anderen Bädereien insgesamt 80 Gehilfen und 131 Lehrlinge verbleiben. Von 179 Bädereien beschäftigen 66 keine Gehilfen, in 61 Bädereien werden wieder Gehilfen noch Lehrlinge beschäftigt.

Feststehende Tatsache ist, daß heute tausende von Bäderegehilfen zu anderen Berufen übergehen müssen, nicht aber wie der Artikel behauptet, weil ihnen der erlernte Beruf nicht ausreicht, sondern eben einig und allein, weil sie in dem erlernten Beruf mit dem besten Willen keine Arbeit und insbesondere die älteren Gehilfen keine Existenz finden, hervorgerufen durch die wirtschaftliche Notlage, vor allem aber durch die jahrelange unerschütterte Lehrlingshaltung. Wenn der Verfasser des Artikels von ungerechten Lohnforderungen schreibt, so sei demgegenüber festgestellt, daß die Löhne im Bädergewerbe sich in sehr bescheidenen Grenzen halten und weit hinter den Löhnen anderer Berufe zurückbleiben.

Der Einsender bezieht sich auf die angeblich hohen Löhne. Es ist jedoch Tatsache, daß der vorgenannte Netto-Verdienst in Wirklichkeit Brutto-Verdienst darstellt, denn für Kost und Logis wird vom Arbeitgeber 50 M. in Anrechnung gebracht, so daß abgesehen von den üblichen Abzügen an Krankengeld und Invaliditätsbeiträgen ein wirkliches Netto-Verdienst von 85 M. bis 90 M. hochgerechnet verbleibt. Der Verfasser spricht aber nur von jungen Gehilfen im Alter von 17-20 Jahren, denkt aber nicht, daß auch ältere und vielfach verheiratete Gehilfen in diesem Gewerbe tätig sind. Auch verschweigt derselbe, daß diese älteren und verheirateten Gehilfen genau dasselbe Verdienst beziehen, wie die jungen Gehilfen. Daß jedoch die Herren Meister auf ihre Rechnung kommen, kann nachgewiesen werden. Uebrigens zahlen viele Bädermeister überhaupt nicht den Tariflohn! An dieser Stelle möchten wir ganz besonders auf den Lebensbedürfnisverein erinnern, der durchweg noch über den für Karlsruhe festgesetzten Tariflohn hinausbezahlt.

Der Herstellung von Sportplätzen.

Die Vorlage des Stadtrats an den Bürgerausschuß. Seit Kriegsende hat die Stadtverwaltung verschiedene Sportplätze erstellt, aber die Nachfrage wurde immer größer, jedoch neue Projekte verworfen werden müssen. Zu diesem Zweck verlangt der Stadtrat vom Bürgerausschuß die Bewilligung von 119.500 M., die aus Anleihenmitteln bestritten werden sollen.

Stiftungskonzert der Typographen.

Der Gesangverein Typographia veranstaltete vor kurzem sein 55. Stiftungskonzert. Der Abend bildete einen Markstein in der Geschichte der Vereinigung. Es ist nicht zuletzt der Stolz auf das kulturfördernde Gewerbe, die diese sangesprohe Schar zu immer neuen Gaben oder Musikkonzerten anspornt. Es herrscht Tradition in diesem Sängerkreis und das wirkt viel. So war denn das jüngste Stiftungskonzert wieder eine Veranstaltung von erster künstlerischer Höhe. Die Freudigkeit der Sänger teilte sich unwiderstehlich der zahlreichsten, aufmerksamen und beifallsreichen Zuhörerschaft mit. Der feinsinnige Dirigent Karl Reubaus hatte das schon ausgestattete Programm mit treffenden kurz orientierenden Anmerkungen versehen; eine Art, die weitgehende Akzeptierung verdient. Schlichtheit in der Wahl der Vorträge, Einfachheit in der Ausfüllung der Mittel, — das sind die äußeren Merkmale dieses Chors. Dahinter verbirgt sich reife Musikalität und feines Empfinden. Das alles weiß Reubaus bestens auszunutzen und so geben denn die Vokallisten vor allem einen so reinen und erbauenden Genuß, wie er nur selten zu finden ist. Der Mozartsche Chor war ebenfalls vorzüglich gelungen. Am meisten Eindruck löste jedoch „Walters Schwannlieb“ aus, das den Chor auf dem Gipfel seiner Leistungskraft zeigte. — Als Solistin wirkte Fanetta Hermsdorf vom Landestheater. Die Sängerin besitzt reiches Material und große Ausdrucksfähigkeit, deren Vorträge sie bestens vermittelt. In der großen Arie aus „Oberon“ gelang die Steigerung am Schluß vorzüglich. Die „Liebesfeier“ von Weingarten verdient unter ihren Einzelstücken besondere Erwähnung. Das Kammermusikstück, bestehend aus den Herren Dr. Hans Roth, zugleich Begleiter am Flügel, Rudolf Klein (Violine) und Paul Traubetter (Cello) spielten in feinsten Durcharbeitungen der letzten Feinheiten und in erstaunlicher Anpassung an die akustischen Verhältnisse zwei Trios von Hand und Becken. Das einleitende Hornquartett („March der Priester“ aus „Jaubersätze“) wurde von vier Vertretern der Reichsmusikgilde fein rhythmisch und klangträchtig wiedergegeben. Nach Schluß der eindrucksvollen und wohlgeklungenen Veranstaltung hielt die Feiern den noch großen Tanzernüchtern besonnen.

Es handelt sich dabei um Sportplätze für die Freie Turnerschaft, F. C. Südborn, F. C. Concordia, Bewegungsspiele Stadt, F. Verein Beierheim, Grünwinkel, F. V. Grünwinkel, Kath. Jugendverein Grünwinkel. Die Stadterhaltung behält sich die Mitbenutzung durch die Schulen vor. In der Begründung heißt es, daß den dringenden Bedürfnissen abgeholfen sein dürfte und die verschiedenen Stadtbezirke mit leicht erreichbaren Übungsplätzen versehen sind. Dies trifft jedoch nicht zu, denn A. B., der Arbeiterturnverein Ruppurr, der einzige Turnverein in diesem großen Vorort, ist auch jetzt noch ohne einen brauchbaren Spielplatz. Soffentlich erhält auch er bald seinen Wunsch erfüllt, denn das Bedürfnis ist ein dringendes.

Fälligkeit der Militärrenten am 29. April. Die Empfänger von Militär-Versorgungsgebühren werden daran erinnert, daß die Auszahlung ihrer Gehühnisse bei den Postämtern am 29. April stattfindet. Zur Vermeidung von Verzögerungen ist es nötig, daß die Bezüge pünktlich am Fälligkeitstage abgehoben werden. Empfänger, die am Fälligkeitstage verhindert sind, werden dringend ersucht, die Bezüge noch im Fälligkeitstage abzuholen. Empfänger von Militär-Versorgungsgebühren, die deren Zustellung in die Wohnung wünschen, haben einen entsprechenden Antrag an die zuständige Postamtstation, bei der die Bezüge bisher abgeholt wurden, zu richten. Vordruck zum Antrag gibt die Postamtstation ab, die auch Näheres über das Verfahren und die Zeit der Bestellung mitteilt.

Sozialdemokratische Partei — Bezirk Ruppurr. Unser diesjährige Raifeier findet am Samstag abend 7 Uhr im Hotel statt. Wir haben ein geeignetes Programm zusammengestellt. Es wirken mit der Arbeiterjugendbund, Männergesangverein und der Arbeiterturnverein, Musiklehrerin Fräulein Vertrud Mettenberger und Musiklehrer Max Böhmer vom Landeskonseratorium. Die Festrede hält Gen. Dr. Kullmann. Programme für 50 Pf. berechnen zum Eintritt und sind im Vorverkauf zu haben bei Gen. Bär und Köhn, Gartenstadt, Altmweg. Es ist zu erwarten, daß die Arbeiterschaft von Ruppurr durch starken Besuch zum guten Gelingen der Raifeier beiträgt. — Sämtliche Kommissionenmitglieder werden ersucht, sich am Dienstag abend 8 Uhr bei Gen. Vay, Gartenstadt, Altmweg, einzufinden zu einer wichtigen Versammlung.

Danzlanden. Wir machen die hiesige Arbeiterschaft darauf aufmerksam, daß am 1. Mai, abends 7 Uhr beginnend, in der Festhalle unsere diesjährige Raifeier stattfindet. Da sämtliche Arbeitervereine ihre Mitwirkung zugesagt haben, können wir ein abwechslungsreiches Programm darbieten. Genossin Auguste Fischer wird die Festrede halten. Es ist deshalb Pflicht unserer Parteigenossen, daß sie ihre Frauen und Töchter ebenfalls mitbringen.

Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, findet im Karlsruher Hof Parteiverammlung statt, wozu alle Vorstandsmitglieder der hiesigen Arbeitervereine eingeladen sind. Genosse Hertel aus Mühlburg wird Bericht vom Parteitag erstatten. Parteigenossen, nütze die Zeit aus und agitiert für beide Veranstaltungen.

Der Zentralrat Karlsruher Betriebsräte schreibt uns: In Arbeiterkreisen weit über Karlsruhe hinaus zirkuliert das Gerücht, der hiesige Zentralrat hätte den Beschluß gefaßt, dafür zu sorgen, daß der Kollege Trabinger in keinem Betriebe mehr Arbeit finden solle. Des weiteren wird in einem Artikel in der „Morgen-Zeitung“ die Behauptung aufgestellt, der Betriebsrat des Karlsruher Maschinenbaues hätte sich dem Kollegen Trabinger gegenüber banditenhaft benommen. Wir erklären, daß es dem Zentralrat nicht im Traum eingefallen ist, der Person des Kollegen Trabinger soviel Bedeutung beizumessen, sich mit ihm in einer Sitzung zu befassen, vielweniger über einen derartigen Beschluß, wie er uns gemeldet wird, zu diskutieren. Die Urheber und Verbreiter dieses Gerüchtes sind entweder Lügner oder geistige Schwächlinge, welche für ihre Aussagen nicht verantwortlich gemacht werden können. Das angebliche banditenhafte Benehmen des Betriebsrates im Maschinenbau steht der Kritik in der „Morgen-Zeitung“ darin, daß sich genannter Betriebsrat ganz energisch zur Wehr setzte, als Trabinger sich unter Umgehung der Arbeitervertreter an die Direktion des Maschinenbaues wandte, zwecks Einstellung in den Betrieb. Die Vertreter der Arbeiter, sowie die Arbeiter selbst waren und sind noch heute der Ansicht, daß man von einem tabulalen Verfechter der Arbeiterrechte wenigstens verlangen kann, beim Einstellen in den Betrieb die jetzt übliche Form zu wählen d. h., die Einstellung unter Hinzuziehung des Betriebsrates vorzunehmen zu lassen. Wenn Trabinger nichts davon weiß, daß Betriebsräte bei derartigen Angelegenheiten mitzusprechen, so mutet es einem eigentümlich an, wenn solche Leute die Arbeiter zu notwendigen Aktionen aufrufen wollen. Am liebsten erklären wir, daß die Mitglieder des Zentralrates jederzeit bereit sind, Trabinger in seinen Bemühungen, Arbeit zu suchen, unterstützen, weil wir der Ansicht sind, daß man auch für andere denke Proletarier in Zeiten der Not eintreten muß, besonders dann, wenn man auf dem Boden des Klassenkampfes stehen will.

Zur Tarifbewegung der Handels- und Industrieangestellten. Eine Versammlung der Angestellten- und Betriebsräte sämtlicher Industrie-, Groß- und Kleinhandelsfirmen fand am letzten Donnerstag statt, um zur Tarifbewegung Stellung zu nehmen. Nach längerer Diskussion fand folgende Resolution Annahme: „Die heute vollständig im Saale der Restauration „Goldener Adler“ versammelten Angestellten- und Betriebsräte sämtlicher Industrie-, Groß- und Kleinhandelsfirmen erheben hiermit ihre Arbeitgeber, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die zuerst schwebenden Verhandlungen über den neuen Tarifvertrag einem baldigen den gegenwärtigen Lebensverhältnissen entsprechenden Abschluß entgegengeführt werden. Insbesondere wollen unser Arbeitgeber dafür sorgen, daß die Verhandlungen nicht durch Entsendung von nicht verhandlungsfähigen Kommissionen mit gebundenem Mandat verzögert werden. Nur wenn vorstehende Forderung erfüllt, können die Angestellten die Gewähr für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftsfriedens übernehmen.“

Der Deutsche Bauarbeiterverband, Verein Karlsruhe, benötigt für die Delegierten des Verbandstages in der Zeit vom 8. bis einschließlich 15. Mai noch einige Zimmer (Privat). Angebote nimmt Gen. Aug. Philipp, Wilhelmstr. 47, 2. Stad., entgegen.

Mademische Volkshochschulkurse. Die Tätigkeit der Mad. Volkshochschulkurse sind wie in früheren Jahren vor dem Kriege nunmehr in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Die Mad. Volkshochschulkurse sind befristet, jedermann zu ermöglichen, seine Kenntnisse in Elementarfächern und auch darüber hinaus zu erneuern oder weiter zu bilden. Zur Erreichung des Zieles dienen Abendkurse in Elementarfächern und öffentliche Vorträge über verschiedene Gebiete des Wissens. Durch ihre Arbeit streben die Mad. Volkshochschulkurse darnach, die Volkshochschule zu fördern. Es werden außer den Elementarfächern in Deutsch, Rechnen (Unter- und Oberstufe), Geographie und Algebra, Kurie in Geschichte, Kunstgeschichte, deutscher Literatur mit Lesabend, ferner Kurse über Chemie des täglichen Lebens, Rechtskunde und ein Kurs über Mund- und Bierkaffee stattfinden. Die Eröffnung der Kurse steht mit Beginn des Sommersemesters an der Technischen Hochschule bevor. Besondere Anschläge werden der Eröffnung noch näher auf die Kurse hinweisen.

Edele Stiftung. Herr Henry Goldman in Newyork, ein geborener Amerikaner, der in seiner Jugend das Karlsruher Anzeiger einige Jahre besuchte, hat für die Errichtung des hiesigen Kinderkrankenhauses zusammen mit seiner Gemahlin einen Beitrag von 60 000 M. überwiesen.

Die Landesfeuerunterstützungskasse hatte in diesem Jahre u. a. folgende Aufwendungen: Unterstützungen an verunglückte Feuerwehrmänner und Mitglieder von Löschmannschaften, sowie an Hinterbliebene 40 426,67 M., Weiblichen an Feuerwehren und Gemeinden zur Anschaffung von Löschgeräten usw. 44 030,90 M. Zur Verteilung dieser Aufwendungen stand der Kasse neben Einnahmen aus Zinsen der ihr vom Ministerium des Innern zugewiesenen Betrag von 150 000 M. zur Verfügung. Das Vermögen hat sich im Jahre 1919 um 4790,98 M. vermehrt und beträgt zurzeit 788 298,76 M.

Landestheater. Heute Dienstag fand in der „Freischütz“-Vorstellung, wie schon mitgeteilt, Fräulein Mikow aus Breslau das Kennen auf Anstellung. Fräulein Dell wird zum erstenmal die Agathe und für den vertraulichen beurlaubten Herrn Giesen wird ein bei dem Karlsruher Publikum gern gesehener Gast, Herr Peter Lortmann aus Wiesbaden, den Jäger Kaspar singen. Anfang der Vorstellung um 7 Uhr.

Vom Schicksal der Arbeit. Im Rangierbahnhof geriet ein verheirateter Rangierer zwischen die Wagenguffer und wurde so schwer verletzt, daß der Tod bald darauf eintrat.

Selbstmord. Ein 60 Jahre alter Knechtstodler von hier erhängte sich am Sonntag im südlichen Wald bei Ruppurr aus unbekanntem Beweggrund.

Veranstaltungen.

Schwedisches Konzert. — Dirigent Seeber v. d. Flöe. Als Leiter der Erhaltung des Karlsruher Festkolonien. In Stockholm hat sich Herr Seeber v. d. Flöe in Schweden aufs beste eingefügt. Er ist übrigens hier kein Fremder, denn er hat im November 1914 schon einmal einen nordischen Abend im damaligen Hoftheater geleitet. Herr Seeber v. d. Flöe war vor dem ersten Dirigenten des schwedischen Konzertvereins in Stockholm und hat nach fünfjähriger Unterbrechung durch den Krieg seine Dirigentenstätigkeit wieder aufgenommen. Seinen kurzen hiesigen Aufenthalt vor Eintritt seiner skandinavischen Gastspielreise benutzte er, um in seiner Heimat die schwedische Musik (Komp. W. Petersen-Berger) einzuführen.

Die Karlsruher Sängervereinigung veranstaltet am Donnerstag, den 29. April, abends 8 Uhr, im großen Saale der Festhalle ein Konzert zugunsten der Karlsruher Ferienkolonien. Die Männerchöre werden von etwa 1000 Sängern zum Vortrag gebracht, eine Sängerschule, wie sie schon seit langen Jahren nicht mehr zu hören war. Außerdem wirken die Opernsängerin Elisabeth Friedrich und das Hornquartett des Bad. Landestheater mit. Die gestrige Hauptprobe machte einen ganz gewaltigen Eindruck. Den Konzertbesuchern dürfte ein hoher Genuß bevorstehen. Der Kartenverkauf beginnt am Samstag bei Doerflingerstraße 159.

Gastspiel der Frankfurter. Im Kolosseum eröffnet am Samstag, 1. Mai, das hier bereits bekannte und beliebte „Frankfurter Intime Theater-Vocabere“ sein alljährlich im Mai wiederkehrendes Gastspiel unter artistischer Leitung des Direktors Josef Kubisa. Herr Direktor Kubisa einer der besten und tüchtigsten seines Faches bringt uns stets ein ausserordentlich reichhaltiges und im Fach der Kleinkunstbühne sehr engagiertes Programm. Von der ersten Kraft, welche für Mai engagiert ist, soll der Humor und die Satire eine besondere Rolle spielen, dafür sollen Emil Buschmann, Theo Werner, Otto Wajon und Hans Rohmann sorgen. Die Tanzposse vertritt Lilly Durin und Olga Weißberg nebst dem Tänzerpaar der eleganten Welt Oly und H. Auch Gesang und Vortragskunst werden nicht fehlen und so dürfen auch dieses Jahr die „Frankfurter“ einer guten Aufnahme in Karlsruhe sicher sein.

Valuta-Bericht vom 26. April.

Der Markkurs in der Schweiz erfuhr heute eine weitere Steigerung bis etwa 900 Cts. Auszahlung Holland notierte 21,50 M. per holl. Gulden; Schweiz 10,45 M. per schw. Fr.; England 220.— M. per Pfd. Sterling; Frankreich 345 M. per frz. Fr.; Newyork 159.— M. per Dollar.

Soziale Rundschau.

Mehr Unterstützung für Heilstätten-Zustassen.

Folgender Notruf geht uns von Patienten der Heilanstalt Nordrach zu: Unter der heftigen Feuerung haben besonders die Heilanstalten-Zustassen und deren Angehörigen zu leiden. Es ist einfach unmöglich, daß sich die Familien der Patienten mit einem Haushalt von 2,50—7,50 M. täglich durchbringen können. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß die Patienten schon lange vor der Einweisung in die Heilstätte krank waren und von der fargen Krankenunterstützung leben mußten.

Die Zustassen wandten sich in ihrer peinlichen Not an das Staatsministerium um Erhöhung der Unterstützung, aber leider ohne Erfolg. Die Landesversicherungsanstalt macht uns auch in ihrem abschlägigen Schreiben vom 7. April d. J. die Mitteilung, daß sie im Bedarfsfalle gemäß § 1400 A.B.G. die Ausnahme machen kann, die Höhe um das 1½fache zu erhöhen. Bei dem dieser Fall eintreten kann, ist fraglich. Bezieht ein Patient noch irgend eine Privatunterstützung einer Hilfskasse, so rechnet sich dies die V.B. zu ihren Gunsten und wird daher der 1½fache Betrag der Unterstützung rundweg abgelehnt.

Die Lage des Arbeitsmarktes

hat sich inzwischen recht ungünstig gestaltet. Die Zahl der Erwerbslosen konnte wohl in der Woche vom 12.—18. April von 4771 auf 4649 zurückgedrängt werden, jedoch werden aus dem ganzen Lande Betriebseinstellungen gemeldet, die vielfach auf Kohlen- und Rohstoffmangel zurückzuführen sind. Vor allem hat sich der schon im letzten Bericht erwähnte Rückgang von Neuaufträgen bedeutend verschärft und gibt zu Bedenken Anlaß. Auch die politischen Vorgänge im Ruhrgebiet machen sich nun bemerkbar. Die Landwirtschafte weißt nach wie vor eine erhöhte Nachfrage nach geschulten Arbeitskräften bei der Beschäftigung auf. Erwerbslosenunterstützungen wurden im Bereiche

der Landesstelle für Arbeitsvermittlung in dieser Woche 315 212 M., in der Vormoode 227 894 M. ausbezahlt. Für Arbeitszeitverlängerung wurden nach den eingegangenen Berichten in der Berichtswocche 61 773 M. verausgabt.

Teuerungszulagen für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene.

Den „R. B. N.“ wird geschrieben: Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hatte im Februar im Reichs-Protesserversammlungen gegen die mangelhafte Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen veranlaßt und an die Reichsregierung die Forderung auf Gewährung einmaliger und laufender Teuerungszulagen gestellt. Nachdem zu Ostern der zweifache Monatsbetrag der Rente als einmalige Teuerungszulage ausgegahlt wurde, ist nun der Forderung des Reichsbundes insofern stattgegeben, als bis zur Zahlarmachung der Bezüge nach dem neuen Reichsversorgungsgesetz, das gegenwärtig der Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorliegt, auf alle Bezüge der Kriegsbeschädigten vom 1. Mai ab 80 % und auf die der Hinterbliebenen 40 % als laufende Zulagen getährt werden.

Gerichtszeitung.

Wegen Mords hatten sich der 31jährige Schneider Joseph Oswald und sein Bruder der 23jährige Tagelöhner Leopold Oswald als Mordtäter und wegen Anstiftung zum Mord der 23jährige Tagelöhner Friedr. Gähler aus Waldhof vor dem Schwurgericht in Mannheim zu verantworten. Sie hatten den Fabrikarbeiter Adam Martus aus Kirrlach unter der Vorgabe, ihm Tabak zu verkaufen, in eine Falle gelockt und erschossen. Die beiden Brüder beschuldigten sich gegenseitig der Tat. Joseph Oswald wurde zu 15 Jahren Zuchthaus, sein Bruder Leopold wegen Weibliche zum Mord zu acht Jahren Gefängnis und Gähler zur gleichen Strafe verurteilt.

Jugend und Sport.

H.C. Mühlburg — F.V. Karlsruhe 2:1; H.C. Pöding — H. f. R. Mannheim 1:0; Frankonia — R. Baden 2:0; Pöding H. S. — Frankonia H. S. 2:0; Germania-Unterrombach — H. f. R. Südbad 0:5; (H. f. R. Meister der B-Klasse). — Weitere Resultate: H.C. Mühlburg siegt im Reitsport gegen Waldhof 4:3 und ist somit Meister der Nordgruppe. — Um die süddeutsche Meisterschaft: H.C. Freiburg — Sportklub Stuttgart 3:2. Somit ist Freiburg Südkruppenmeister.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 26. April. Von ausländischer Seite wird mitgeteilt, daß 70 Umlauber der Brigade 16, die sich in einem dem fahrlässigen Zuge angehängten Wagen befanden, wurden auf dem Bahnhof Bitterfeld von Zivilpersonen in größtenteils Weibliche beschossen. Ein tödlich angelegter Mann machte von der Schusswaffe Gebrauch. Hieraus karmten die Zivilpersonen den Umlauberzug. Bei dem sich anschließenden Handgemachte gab es auf beiden Seiten Verletzte.

Berlin, 27. April. Der Berliner Lokalanzeiger meldet, daß der bei der Grenzkommission für das Saargebiet tätige Bürgermeister Briggemann zu Saarburg von der Rheinlandschaftskommission ausgewiesen worden ist, weil er nicht beabsichtigt kommt, das bei der Wiederver Saarburg dem Leiter der deutschen Grenzkommission Oberleutnant Klabender deutsche Coalition darzubringen habe.

Berlin, 27. April. Das auf sämtlichen Dampferfahrern der französischen Passkontrolle eingeschickt worden ist.

Letzte Nachrichten.

Deutsche Protestnote wegen der belgischen Grenze.

Berlin, 27. April. Wegen des bekannten Beschlusses der Kommission über Beilegung der deutsch-belgischen Grenze, wonach im Widerpruch mit den Bestimmungen des Friedensvertrages und dem einmütigen Willen der Bevölkerung die einzige Grenzahnlinie des rein deutschen Reiches Montjoie den Belgiern zugewiesen werden soll, hat die deutsche Regierung der Frierenskonferenz, dem Völkerverbund und den Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens, Japans und Belgiens eine ausführliche Protestnote übermittelt. In ihr wird in eingehenden Rechtfertigungen nachgewiesen, daß dieser Beschluß verstoße gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages und feigeheißt, daß die Kommission ihre Zuständigkeit überschritten hat, weshalb dieser Beschluß als ungültig erachtet werden müsse. Die deutsche Regierung beantragt, den Widerruf des Beschlusses herbeizuführen und erklärt sich bereit, die Streitfrage einem internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten.

Ein Fringsabkommen mit Norwegen.

Berlin, 26. April. Im Auswärtigen Amt ist ein neues Fringsabkommen mit Norwegen unterzeichnet worden, das die Lieferung von 1 Million Faß Erdölunge zum Höchstbetrage von ungefähr 40 Millionen Kronen vorsieht. Mit dem Kaufvertrag ist ein Finanzabkommen verbunden, in dem Deutschland die Kaufsumme mit Kauftermin bis zu 10 Jahren kreditiert wird.

Briefkasten der Redaktion.

Freier Wegler. Ohne Namensunterchrift, daher wertlos. R. B. Auch R. ist katholisch. Lautenbach (Mendahl). Wir haben Ihren Brief an einen unserer Abgeordneten weitergegeben. Sie werden von ihm nähere Nachricht erhalten.

Schriftleitung: Georg Zäpflin, Verantwortlich: für Artikel, politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Abel; für Bobbische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. Franz Willotte von Menden, Schlosser hier, mit Johanna Ost von Meidlingen. Ferd. Pettel von Bietigheim, Nachpförner hier, mit Anna Zimmermann von Grünningen. Emil Reichert von Mittershad, Bremser hier, mit Rosalia Wirt von Wosbad. Wilhelm Häffele von hier, Kaufmann hier, mit Jemgard Fridlin von hier. Ludwig Jung von hier, Schneider hier, mit Lina Vogel von hier. Wilhelm Hauenstein von Mandel, Werkmeister hier, mit Emilie Schäfer von hier. Friedrich Höfer von hier, Privatmann hier, mit Barbara Seegmüller von hier. Josef Kiltner von Zell, Bahnarbeiter hier, mit Beria Wolf von hier. Friedrich Gisinger von Wasel, Lehramtspraktikant in Pforzheim, mit Anna Jaster von Mastatt. Richard Wieland von Gernsbach, Werkmeister hier, mit Katharina Koch von hier. Wilhelm Probsthain von Notha, Arbeiter hier, mit Elisabeth Dofenbach-Seis von hier. Hermann Nades von Gießen, Dr. phil. Lehramts-Absolvent in Heudelheim, mit Adelheid Heedt von Wülheim. August Schmidt von Hohenweillersbad, Fabrikarbeiter alda, mit Emma Eiermann von Grünweillersbad. Hermann Brauch von Kapellen, Postbeamter hier, mit Helene Brülle von hier. Hermann Ell von Lenzbad, Schirmmann hier, mit Maria Decker von Lenzbad. Rudolf Kallmer von hier, Maschinenarbeiter hier, mit Elsa Barth von hier. Jakob Borel von Friedrichstal, Fortwärt alda, mit Marie Lehmann von Nothau. Albert Heß von Wagenstchwend, Lokomotivführer hier, mit Maria Wäckerle von Ruff. August Behs von hier, Kaufmann hier, mit Frieda Walter von hier. Heinrich Süppl von hier, Maschinenarbeiter hier, mit Maria Rüdert von hier. August Schmel von Wülchingen, Signalwärter hier, mit Theresia Maier von Oettingheim. August Martin von Durmersheim, Tagelöhner hier, mit Ida Bauer geb. Mettenheimer von Pflach. Salomon Auerbacher von Kuppenheim, Kaufmann alda, mit Augusta Rosenfelder von Odenheim. Adolf Straub von Rotenfels, Elektriker hier, mit Erna Kopp von hier. Otto Steinbremer von Erlenbach, Lokomotivbeizer hier, mit Rosa Seiberlich von hier. Karl Farnu von hier, Werkführer hier, mit Luise Knobloch von hier. Karl Karber von Mittershad, Former hier, mit Paulina Benjähin von hier. Johannes Cäs von Speisart, Salsolier hier, mit Anna Zimmermann von hier. Ludwig Gutschmann von Auerbach, Steinbrecher in Auerbach, mit Elisabeth Kohnagel von Redarau. Anton Kaiser von Blumenfeld, Sattler und Tapezier in Eßlingen, mit Elisabeth Münch von hier. Maximilian Nojoid von Ludwigsbafen a. Rh., Bürovorsteher hier, mit Emilie Kapp von Willweissenstein. Walter Bender von hier, Kaufmann hier, mit Meta Bauer von hier. Karl Dierker von Gellingen, Weidenwärtler hier, mit Antunide Meuschler von Gernsbach. Wilhelm Dehler von Arboltdorf, Seidenweber hier, mit India Böder von hier. Karl Ködel von hier, Monteur hier, mit Mina Decht von Staffort. Otto Krant von Waldorf, Kaufmann hier, mit Karoline Badenhut von hier. Georg Brenner von Mittelschöffens, Arbeiter hier, mit Sophie Weß von Sennfeld. Gregor Häner von Schweinberg, Wirodiener hier, mit Abresia Harrieder von Neufahrn. Peter Baum von Mittershad, Rangierer hier, mit Luise Goret von hier. Wilhelm Herzog von hier, Kaufm. hier, mit Karol. Lach von Gagnfeld. Gustav Herzog von hier, Mechaniker hier, mit Paula Ehr von hier. Heinrich Oswald von Gppingen, Drogist hier, mit Frieda Jäger von hier. Max Bucherer-Kingler von Ethenheim, Preßergolber hier, mit Kath. Roier von Viberach. Dr. G. Garter von Unter-Schönmattenweg, Privatdozent in Greiffenwald mit Gertrud Hartung von Chemnitz. Karl Sutter von Mainz, Kaufmann hier, mit Karol. Großkos von Zweibrücken. Heinrich Berner von hier, Mechaniker hier, mit Luise Demald von Bergshausen. Friedrich Zimmermann von Graben, Tagl. hier, mit Maria Didemann von Bauerbad. Leopold Glaser von hier, Postassistent hier, mit Emilie Purche von hier. Albert Bengel von hier, Schlosser hier, mit Katharina Reich von Bock. August Berner von Schramberg, Mechaniker hier, mit Theresia Bellec von hier. Josef Helgenberger von Söllingen, Postbote hier, mit Frieda Schäfer von hier. Hubert Kempf von hier, Dipl.-Ing. hier, mit Frieda Andreas von hier.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten. Hildegard Anna, R. Robert Wilhelm Kubfus, Schneider. Kurt Karl Erwin, R. Karl Ludwig Leibfried, Lokomotivführeranwärter. Wilhelm, R. Heinrich Kieemann, Schuhmann. Johanna Emma, R. Karl Emil Zehler, Postkassierer. Kurt Ludwig, R. Karl Ludwig Brenner, Buchdrucker. Anna Ottilie, R. Christian Friedrich Kießer, Fabrikarbeiter. Johanna Rathilde, R. Fritz Johann Kernberger, Zimmermann. Elisabeth, R. Jakob Gauer, Tagelöhner.

Eheschließungen. Hermann Theobald Winter, Redakteur in Karlsruhe, mit Johanna Mina Wofeder hier. Wilhelm Heinrich Menert, Schlosser, mit Frieda Christine Deber, beide hier.

Sterbefälle. Veria Johanna Luise geborene Schmiedeberg, Witwe des Friedrich Karl Reichelt, Rechnungsf., 77 Jahre alt. Siegfried Karl, Sohn des Ludwig Burger, Schlosser, 2 Jahre alt. Johanna Hermine, Tochter des Ludwig Friedrich Heel, Fabrikarbeiter, 1 Jahr 9 Monate alt.

Wasserstand des Rheins.

Schutterinsel 180, gef. 4; Reßl 270; Ragau 441, gef. 5; Mannheim 344, gef. 14 Zentimeter.

Volksbuchhandlung Karlsruhe, Adlerstr. 16

Bestellungen auf: Theaterzettel, Niederbischer, Maifestzeitungen, Maifestzettel und -Postkarten für Karlevereine nimmt entgegen.

Die Volksbuchhandlung, Adlerstr. 16.

ALUMINIUM
Kochgeschirre und Haus-
haltungs-Gegenstände
sind die besten und dauerhaftesten
für Gegenwart — Hygienisch ein-
wandfrei. — Keine schädlichen Ver-
bindungen wie bei Kupfer, Messing
etc. — Keine gefährliche splitter
wie bei Emaille.
Sie kaufen vorteilhaft im
Aluminium-Spezial-
Geschäft von G. Harnberger
KARLSRUHE 1. B., Waldstrasse 25
neben Residenz-Kino. 9448

**Stimm-
beschwerden** 3195
entstehen meist durch falschen Stimm-
gebrauch und sind dauernd nur durch
richtigen Stimmgebrauch heilbar.
Karlsruhe i. B.
Liebigstraße 25
Telefon: 3709
Sprechstunden:
Mo. u. Do. 3-4
P. Pashen
Mitgl. d. bad. Landeshealers
Lehrer für Stimmpflege
und Sprechkunst.

Segen Katarhe
EMS
Emser
Wasser 33
32
Kleppsportwagen mit
200 500 M., a. 2. 70 und
80 M., Zylinder 36 M.,
Sportwagen, 150 M.,
Wunderhieb, 50 M., gelbe
Damenstiefel, Größe 36,
180 M., zu verkaufen.
Waldhornstr. 49, 5. St.,
3. Stoc. rechts. 2188

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher An-
nahme, die zahlreichen Kranzsenden und
die Begleitung zur letzten Ruhestätte unse-
rer lieben Mutter, Großmutter und Schwieger-
mutter sagen wir allen unsern verbindlichen
Dank. Besonders Dank den Schwestern des
Städt. Krankenhauses für ihre aufopfernde
Pflege und für die nachdrücklichen Worte des
Vorstandes des Veteranen- und ehemaligen
110er Vereins. 3193
Die trauernden Hinterbliebenen:
Geshw. Trapp u. Familie Wurster.

